S.g.Hr. OB, m.D.u.H.,

wir werden – wie schon im Wirtschaftsausschuss – gegen diese Vorlage stimmen. In unserem Änderungsantrag haben wir ein **kompaktes und strikt handlungsorientiertes und machbares Konzept** gefordert. Diesen naheliegenden Anforderungen wird das vorliegende Konzept nicht gerecht.

Es enthält eine Zusammenstellung zahlloser Wünschbarkeiten, deren Machbarkeiten höchst unsicher sind und zu denen die Beschlussfassung noch aussteht. Z.B. eine Venusberg-Gondelbahn und eine Hardtbergbahn etc. Das Konzept begründet – nur, aber immerhin als Zielsetzungen für die Stadt – zahlreiche **Ansprüche**. Z.B. auch auf gerechte Aufstiegsmöglichkeiten, Geschlechtergleichheit und Beseitigung von Kinderarmut. Etc. etc.

Ich weiß, dass das hier eine sog. Fensterrede ist und ich die Mehrheit nicht überzeugen werde. Aber vielleicht denken Sie bei Gelegenheit einmal darüber nach, wie man eigentlich **Ansprüche, also Rechte substanziell** begründet. Staatlich verbürgte Rechte führen zwangsläufig dazu, dass diesen auch Verpflichtung gegenübersteht. Hat man z.B. ein Recht auf ein gutes Gehör? Auf Sterbehilfe? Wer das bejaht, muss begründen, wer und aus welchem Grunde verpflichtet sein soll. Hier täte übrigens, dies nur am Rande, eine Rückbesinnung auf das Naturrecht gut. **Auch die Verpflichtungen, die den Ansprüchen gegenüberstehen, müssen substantiell begründet werden! Im Staat muss man also begründen, warum die einen die Erfüllung der Rechte der anderen bezahlen sollen.**

Was im vorliegenden Konzept alles an Ansprüchen und Rechten behauptet wird und enorme Verpflichtungen nach sich zieht, kann man mit Sicherheit nicht derart substantiell begründen. Daher sind die Verfasser dieses Konzeptes auch nicht elitär der gesamten Stadtbevölkerung überlegen. Die Zusammenstellung geht weit über die Pflichten der Stadt hinaus und wirkt teilweise utopisch. Sie berücksichtigt nicht die Interessen der städtischen Steuerzahler, die letztlich zum Zahlen verpflichtet werden. Würde es in der Stadt unmittelbar zur Abstellung gestellt, würde es m.E. überwältigende Ablehnung erfahren. Zu Recht.

Die Gesellschaft müsste intelligent schrumpfen. Und der Staat vorne weg, so dass man dem Staat also auch, worauf der Stadtdirektor einmal hingewiesen hat, Aufgaben abnehmen müsste. **Intelligentes Schrumpfen könnte und sollte m.E. zu einer zentralen Zielsetzung für die Politik werden.** In diesem Zusammenhang sollte man die Berechtigung von Umweltinteressen insbes. von Medizinern prüfen lassen und vielleicht sämtliche Umweltbehörden und -referate dort eingliedern. Naturwissenschaftler sind darauf trainiert, Kausalitäten nicht mit Konnexitäten zu verwechseln, was in den sog. Ökowissenschaften immer und immer wieder passiert. Mit dem vorliegenden Konzept jedenfalls wird der Staat auf Kosten der Steuerzahler weiter unnütz aufgebläht. Es gilt mindestens: Überflüssig = falsch.

– Vielen Dank fürs Zuhören.